

Kürzer, schneller, billiger

RUB mischt mit im NRW-„Reform“ rausch

Das Magisterreformmodell der Ruhr-Uni, verantwortlich für die B.A.-Studiengänge, ist schon klasse. Seit 1993 produziert es unnötigen Verwaltungsaufwand durch zusätzliche Studienabschlüsse, nimmt anderweitig gut nutzbaren Raum in GB weg, nervt, seitdem es die ersten AbsolventInnen gibt, durch Cap-and-Gown-Zeremonien und frißt seit Wegfall des Projektstatus beim Ministerium letztes Jahr auch noch Ressourcen der Fächer, weil die Zwangstutorien fürs B.A.-Programm nun durch die ganz normalen Tutorienprogramme der Fakultäten abgedeckt werden müssen.

Das scheint den ProtagonistInnen der „gestuften Studiengänge“ an der RUB, allen voran Prorektor für Lehre Müller-Michaels, noch nicht zu reichen. Nun sollen die „Bachelor“-Abschlüsse auch in den N-Gebäuden Einzug halten. Dort sollen StudienanfängerInnen ab dem nächsten Wintersemester auf einen „Bachelor of Science“ (B.Sc.) hinarbeiten, den sie nach sechs Semestern verliehen bekommen; weil Naturwissenschaften schwieriger als Geisteswissenschaften sind, gibt's den „Master“ dann nicht wie im etablierten Magisterreformmodell nach zwei, sondern erst nach vier weiteren Semestern. Das neue System wird nicht lange Option bleiben: Nach einer Übergangszeit von fünf Jahren wird es das Diplom als Abschlußart nicht mehr geben. Zu einem so radikalen Schritt, der nebenbei bemerkt, an allen unweiten Gremien mit Studierendenbeteiligung vorbei beschlossen wurde, haben sich noch nicht einmal die GeisteswissenschaftlerInnen bislang entschließen können.

Was soll das Ganze eigentlich? Was für ein Interesse hat die Uni daran, ihre Studierenden so schnell wie möglich wieder loszuwerden, indem sie ihnen schon nach drei oder vier Jahren einen Abschluß verpaßt, mit dem sie sich brav einen Job suchen können? Wenn man mal von der boshafte Unterstellung absieht, die Profs wollten lieber in Ruhe forschen und seien des-

halb bemüht, sich der Studis so schnell wie möglich zu entledigen, liegt die plausibelste Antwort in den Vorgaben des Ministeriums. Diese nämlich bestrafen die Unis schon seit längerem durch ganz direkte Kürzungen in der Sachmittelzuweisung für Langzeitstudierende und niedrige AbsolventInnenzahlen. Die gegenwärtigen Stellenkürzungen im Zuge des sogenannten „Qualitätspaktes“ sind übrigens nur die Fortsetzung dieser Politik auf dem Gebiet der Personalmittel. Die RUB hat also ein handfestes materielles Interesse daran, möglichst viele Studis in möglichst kurzer Zeit durch ihre Fächer zu schleusen, und das - Studienreform hin, Wissenschaftstradition her - zunächst einmal völlig unabhängig von den vermittelten Inhalten.

RESERVIERT FÜR DIE ELITE

Die Landesregierung wiederum will mit Maßnahmen wie der Einführung gestufter Studiengänge nicht einfach nur kurzfristig Geld sparen, sondern langfristig die Staatsquote senken. Wie in so vielen anderen Bereichen auch zieht sich der Staat aus seiner Verantwortung für die Finanzierung, und damit auch aus der für die inhaltliche Gestaltung zurück. Das läuft dann unter dem Deckmäntelchen der „Flexibilisierung“ oder „Profilschärfung“, wenn nicht gar der „universitären Autonomie“. Dabei gibt es gute Gründe, eine staatliche Einmischung in Finanzierung und Inhalte der Universitäten zu befürworten, solange diese noch als hierarchische Ordinarieninstitutionen konzipiert sind. So mag z.B. NRW-Wissenschaftsministerin Behler bis an ihr Lebensende beteuern, es bestehe keine Verbindung zwischen den gestuf-

FORTSETZUNG AUF SEITE 4



Neue Mitte im AstA: The Party Is over

Wozu eigentlich, fragt sich vielleicht mancher, gibt es einen Allgemeinen Studierendenausschuß? Die offizielle Antwort findet sich in irgendeiner Satzung, und dort ist sie, nimmt man das aktuelle Beispiel der Bochumer Studierendenvertretung in diesem Jahr, auch gut aufgehoben.

Ein kurzer Blick zurück auf die Entstehungsgeschichte der ASTen in der BRD zeigt ein anderes Bild: Der AstA als Institution ist nicht eine vom zuständigen Ministerium aus Laune eingerichtete Dienststelle, sondern zunächst und vor allem Resultat einer politischen Auseinandersetzung, die Studierende einmal um demokratische Veränderung in Hochschule und Gesellschaft geführt haben. Seither gehört es zum Selbstverständnis der politischen Interessenvertretung, einerseits die studienbezogenen, sozialen und kulturellen Ansprüche der Studierendenschaft gegenüber universitären und staatlichen Instanzen geltend zu machen, andererseits zugleich kritisch Stellung zu beziehen zu hochschul- und gesellschaftspolitischen Fragen.

Von einer politischen Institution nun ließ die Bochumer Studierendenvertretung zuletzt nicht allzu viel durchblicken. Ins Gespräch brachte sich der AstA vor allem dadurch, daß er den finanziellen Bankrott erklärte und sodann auseinanderbrach. Während ein Koalitionspartner den sinkenden Kahn verließ, segelte der andere ihn mit einem so größ-

wahnsinnigen wie mißbratenen Uni-Herbstfest geradewegs in den Abgrund.

REGER HANDEL

What happened?, darf man da wohl fragen. Im Grunde nicht viel: Die Liste „TuWas! - SHB & friends“ (TWL) - ein auf dem Papier sozialdemokratischer Verein ohne politische Absichten, dafür mit klein-

kriminellen Neigungen in der Haushaltsführung - tat sich

eines Tages zusammen mit der „Fachschaftsinitiative“ (FSI) - eine dezidiert unpolitische, nach eigenem Bekunden pragmatisch orientierte Gruppierung, die bisweilen mit Buchhalter-Allüren glänzt -, um einen, wie es hieß, „handlungsfähigen“ AstA auf die Beine zu stellen. Daraus wurde bekanntlich nichts. Gehandelt freilich wurde dennoch, so z.B. die Fachschaften ein ums andere Mal brüskiert, politische Referate im AstA abgeschafft, die demokratischen Kulturgremien liquidiert und eine Vielzahl etablierter studentischer Projekte finanziell auf Eis gelegt. Was darüberhinaus Wundersames geschah, ist in Sitzungsprotokollen oder den Poesie-Alben der Akteure nachzulesen.

PLEITE

Der Rest ist Geschichte. Nachdem die FSI die ruinierten Finanzen mit ihrem marktwirtschaftlich vereidigten Gewissen nicht mehr in Deckung bringen konnte, flog der Schwindel auf bzw. kamen der Einjahresplanwirtschaft der TWL sowohl die liquiden Mittel aus der Studierendenschaft als auch die parlamentarischen Freunde abhanden. Erst fehlte ein politisches Konzept, nun auch noch das Geld, es zu realisieren. Ein Jahr Neue Mitte im AstA ist vorbei und der Laden am Ende. Chapeau, comrades!

Was danach kommt? Ein gehöriger Katzenjammer, Besuch vom Landesrechnungshof und womöglich die große Koalition aus altem und neuem Elend. Es sei denn, es finden sich noch etwa 2.000 Studentinnen und Studenten mit Verstand und Geschmack, die mit ihrer Wahl zum Studierendenparlament ..., aber lassen wir das.

